

URGENT ACTION

STUDENT „VERSCHWUNDEN“

PAKISTAN

UA-Nr: UA-079/2026 AI-Index: ASA 33/1329/2026 Datum: 31. Juli 2026 – bs

JIAND BALOCH, 29 Jahre

Jiand Baloch, Aktivist und Vorsitzender einer Studierendenorganisation, wurde am 24. Juli 2026 gewaltsam aus seinem Haus verschleppt. Angehörige der Polizei bedrohten seine Familienangehörigen und griffen sie an. Sein Aufenthaltsort ist bis heute nicht bekannt. Dies ist bereits das dritte Mal, dass Polizeikräfte Jiand Baloch verschwinden lassen. Die pakistanischen Behörden müssen mitteilen, wo sie Jiand Baloch festhalten und ihn sofort freilassen.

Jiand Baloch, der Vorsitzende der Vereinigung Studierender in der Provinz Belutschistan (Baloch Students Organization – BSO), wurde in den frühen Morgenstunden des 24. Juli 2026 aus seinem Haus in Quetta verschleppt. Schon gegen Mitternacht waren Angehörige der Polizei zusammen mit weiteren Personen bei ihm zu Hause eingetroffen, als Jiand Baloch nicht anwesend war. Seine Eltern, seine Frau und seine beiden Kinder waren jedoch zu Hause. Nach Angaben seiner Frau drangen zehn Männer, die sich als Polizisten zu erkennen gaben, sowie vier Männer in Zivil gewaltsam in ihr Haus ein. Als sie erfuhren, dass Jiand Baloch nicht da war, begannen sie, das Haus zu durchsuchen, und richteten dabei Sachschaden an. Die Familie berichtete außerdem, dass die Männer begannen, den Vater von Jiand Baloch körperlich anzugreifen, und drohten, seine Frau und seine Mutter mitzunehmen. Als Jiand Baloch nach Hause kam, wurde er vor dem Haus festgenommen. Es wurden keine Gründe für seine Festnahme genannt. Auch ist nicht bekannt, wohin er gebracht wurde.

Dies ist bereits das dritte Mal, dass Jiand Baloch Opfer des Verschwindenlassens geworden ist. Als friedlicher studentischer Aktivist, der sich für Belange von Studierenden und Familienangehörigen von Opfern des Verschwindenlassens einsetzt, war er wiederholt Repressalien ausgesetzt – nur, weil er seine Menschenrechte wahrnimmt. Die Behörden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass niemand willkürlich festgenommen wird und dass alle Inhaftierten den Schutz erhalten, der in der pakistanischen Verfassung und den internationalen Menschenrechtsnormen festgeschrieben ist.

Dem Verschwindenlassen zum Opfer zu fallen, bedeutet, dass eine Person von Sicherheitskräften oder mit deren Billigung verschleppt wird, und die Behörden bestreiten oder verschweigen danach, was mit ihr geschehen ist. Opfer des Verschwindenlassens sind in großer Gefahr, gefoltert oder misshandelt zu werden. Auch könnten ihnen andere Menschenrechtsverletzungen drohen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Jiand Baloch ist Vorsitzender der Baloch Students Organization (BSO), einer Organisation, die sich für die Rechte der Studierenden in der Provinz Belutschistan einsetzt. Er ist 29 Jahre alt und hat zwei Kinder, eine zweijährige Tochter und einen dreijährigen Sohn.

Jiand Baloch wurde schon in der Vergangenheit wegen seines Engagements ins Visier genommen, fiel dem Verschwindenlassen zum Opfer und wurde auf eine Antiterrorliste gesetzt. Vor diesem Vorfall war er schon zweimal Opfer des Verschwindenlassens. Im November 2018 wurde der Student zusammen mit seinem Vater und seinem jüngeren Bruder verschleppt, ohne dass ihr Aufenthaltsort bekanntgegeben wurde. Er kehrte nach neun Monaten zurück, doch sein Bruder, der zum Zeitpunkt des Verschwindens 15 Jahre alt war, wurde wegen Verstößen gegen das Antiterrorgesetz von 1997 angeklagt und befindet sich weiterhin in Haft. Jiand Baloch wurde 2024 zum zweiten Mal Opfer des Verschwindenlassens, als er sich für die Protestbewegung „Baloch Raaji Muchi“ (Baloch National Gathering) engagierte, gegen die die Behörden hart vorgehen. Einen Monat später wurde er freigelassen.

Im vergangenen Jahr wurde Jiand Baloch in eine Liste von Personen aufgenommen, die im Verdacht stehen, an „Terrorismus, Sektierertum oder Verbindungen zu verbotenen Organisationen“ beteiligt zu sein und vom Staat überwacht werden. Dies hat sein Recht auf Freizügigkeit, auf Teilnahme an friedlichen Protesten und am

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . SozialBank .

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



öffentlichen Leben erheblich beeinträchtigt. Sein Personalausweis und sein Bankkonto wurden gesperrt, und er ist verpflichtet, sich regelmäßig bei der Abteilung für Terrorismusbekämpfung (CTD) zu melden.

Zwar wurden die Belutsch*innen in Pakistan schon seit jeher diskriminiert und ausgegrenzt, doch hat sich das harte Vorgehen gegen belutschische Aktivist*innen seit 2025 verschärft, was zu Fällen von Verschwindenlassen und willkürlichen Inhaftierungen in der gesamten Provinz Belutschistan und darüber hinaus geführt hat.

Führende Vertreter*innen des Baloch Yakjehti Committee (BYC), einer friedlichen Basisbewegung, die sich für die Menschenrechte in Belutschistan einsetzt, werden immer wieder willkürlich festgenommen, während andere von der Polizei schikaniert werden. So wurde die BYC-Vorsitzende Mahrang Baloch am 22. Juni zusammen mit dem BYC-Mitglied Sibghat Ullah Shah Jee zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Vorwürfe, die gegen sie erhoben wurden, waren erfunden und stellten einen Zusammenhang zwischen ihnen und dem Tod eines Vertreters der Strafverfolgungsbehörden während der Proteste der Bewegung „Baloch Raaji Muchi“ im Jahr 2024 her.

Auch Aktivist*innen, Anwält*innen und Journalist*innen, die sich gegen dieses harte Vorgehen aussprechen, geraten ins Visier. Im Januar 2026 wurden die Menschenrechtsanwältin Imaan Mazari und Hadi Ali Chattha wegen Social-Media-Beiträgen, in denen sie ihre Solidarität mit belutschischen Aktivist*innen zum Ausdruck gebracht hatten, zu Haftstrafen von 10 bzw. 17 Jahren verurteilt. Im Oktober 2025 wurden Dutzende belutschische Aktivist*innen, darunter Mitglieder des BYC, gemäß Abschnitt 11-EE des Antiterrorgesetzes auf eine Liste zur Beobachtung von „Terrorverdächtigen“ gesetzt, wodurch das Recht auf Freiheit und Bewegungsfreiheit der Aktivist*innen erheblich eingeschränkt wurde.

SCHREIBEN SIE BITTE FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Hiermit bitte ich Sie, unverzüglich Auskunft über das Schicksal und den Verbleib von Jiand Baloch zu geben.
- Bitte stellen Sie sicher, dass er vor Folter und anderer Misshandlung geschützt wird, und lassen Sie ihn unverzüglich frei, sofern er nicht auf Grundlage von schlüssigen Beweisen einer international als Straftat anerkannten Straftat angeklagt wird.
- Außerdem bitte ich Sie, eine zügige, unabhängige und unparteiische Untersuchung seines Verschwindenlassens durchzuführen und die mutmaßlich Verantwortlichen in fairen Verfahren zur Rechenschaft zu ziehen.

APPELLE AN

MINISTERPRÄSIDENT VON BELUTSCHISTAN

Chief Minister Sarfraz Bugti
Chief Minister Office
Zarghun Road,
Quetta, Balochistan
PAKISTAN

Telefon: (00 92) 81-9202061

E-Mail: cm@balochistan.gov.pk

(Anrede: Hon. Chief Minister Sarfraz Bugti /
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK PAKISTAN

I.E. Frau Saqlain Syedah
Schaperstrasse 29
10719 Berlin
Fax: 030-2124 4210
E-Mail: mail@pakemb.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Urdu, Englisch oder auf Deutsch. Falls Sie erst später schreiben können, bitten wir Sie, nach dem **31. Januar 2027** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Therefore, I urge you to immediately disclose Jiand Baloch's fate and whereabouts.
- Please ensure that he is protected from torture and other ill-treatment and release him immediately, unless there is sufficient credible evidence to charge him with a recognizable criminal offence in accordance with international human rights standards.
- Conduct a prompt, independent, and impartial investigation into his enforced disappearance, and hold those suspected to be responsible to account in fair proceedings.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Das Verschwindenlassen von Personen in Pakistan ist umfassend dokumentiert. Die staatliche Untersuchungskommission für Verschwindenlassen hat angegeben, bis November 2025 landesweit 10.718 Fälle untersucht zu haben. Die Organisation „Defence of Human Rights“ (DHR) hat seit 2006 insgesamt 3.140 Fälle dokumentiert, von denen 1.362 Personen nach wie vor als Opfer des Verschwindenlassens gelten. Im Jahr 2025 wurden 60 weitere Fälle dokumentiert. Pakistan ist kein Unterzeichnerstaat des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und verfügt über kein Gesetz, das das Verschwindenlassen unter Strafe stellt. Amnesty International hat bereits zuvor dokumentiert, dass Angehörige von Verschwundenen häufig Schikanen, rechtswidrigen Inhaftierungen und staatlicher Überwachung ausgesetzt sind, insbesondere wenn sie sich öffentlich zu Wort melden und sich für die Rückkehr ihrer Familienangehörigen einsetzen.

